



Machtvakuum nach dem Anschlag auf Präsident Saleh

ACHIM VOGT
Juni 2011

Erneut hat der seit Februar 2011 andauernde Machtkampf im Jemen eine dramatische Entwicklung genommen. Nach dem Anschlag auf eine Moschee am Freitag (3. Juni) hat der schwer verletzte Präsident Ali Abdallah Saleh das Land in Richtung Saudi-Arabien verlassen – offiziell lediglich zur medizinischen Behandlung. Viele Experten spekulieren aber, die Führung in Riad werde ihn nicht wieder nach Sana'a zurückkehren lassen. Die Opposition hat bereits erklärt, sie werde eine Rückkehr zu verhindern wissen, notfalls durch die Blockade des Flughafens. Zwar hat Saleh 24 Verwandte mit nach Saudi-Arabien genommen, darunter zwei Ehefrauen, doch sind wichtige Familienangehörige in militärischen Schlüsselstellungen in Sana'a geblieben, um die Macht bis zu einer eventuellen Rückkehr des Präsidenten zu sichern. Hinter den Kulissen finden intensive Verhandlungen statt, um das entstandene Machtvakuum in möglichst kurzer Frist durch eine neue Regierungsstruktur ersetzen zu können.

Präsident Saleh hatte sich in einer auf dem Gelände des Präsidentenpalastes befindlichen Moschee zum Freitagsgebet aufgehalten, als der Anschlag erfolgte. Auch Tage danach ist nicht geklärt, ob es sich um einen Artilleriebeschuss gehandelt hat, oder ob möglicherweise ein Anschlag mit einer Bombe oder Mine ausgeführt wurde. Die Klärung dieser Frage ist von erheblicher Bedeutung, denn im letzteren Fall müsste ein Insider innerhalb des Palastes beteiligt gewesen sein. In Sana'a kursieren zahlreiche Gerüchte über Absetzbewegungen selbst innerhalb der Republikanischen Garden. Sehr unwahrscheinlich ist, dass Saleh den Anschlag selbst inszeniert hat, wie ihm die Opposition vorwirft: Zu massiv sind die Verletzungen, die der Präsident selbst, aber auch der Ministerpräsident, der Gouverneur von Sana'a (der weiter im Koma liegt), die Vorsitzenden beider Kammern des Parlaments und zwei Vize-Premiers erlitten haben.

Mindestens elf Personen starben, darunter auch der Chef der persönlichen Leibwache des Präsidenten.

Nachdem es ursprünglich geheißsen hatte, der Präsident habe bei dem Anschlag nur leichte Kratzer im Gesicht erlitten, stellte sich schnell heraus, dass die Verletzungen weit schwerwiegender waren: Ein Stück Holz aus der Predigtkanzel der Moschee drang unterhalb des Herzens in den Brustkorb ein, hinzu kamen Verbrennungen zweiten Grades. Ein Team von Ärzten flog aus Saudi-Arabien ein und empfahl dem Präsidenten – nach Beratungen mit deutschen Kollegen – zur Behandlung nach Riad auszufliegen. Saleh akzeptierte nach langem Zögern schließlich, weigerte sich aber, die Macht offiziell an seinen Stellvertreter Abdulrabuh Mansour Hadi abzugeben. Offensichtlich hatten Saudis und Amerikaner diesbezüglich noch am Krankenbett erheblichen Druck auf den verletzten Präsidenten ausgeübt.

De facto hat nun der bisherige Vizepräsident Abdulrabu Mansour Hadi die Amtsgeschäfte kommissarisch übernommen, wie dies von der Verfassung vorgeschrieben ist. Problematisch ist daran, dass Hadi dies nur widerwillig tat und sich baldmöglich wieder zurückziehen will. Überdies gibt es kein offizielles Dekret, mit dem er überhaupt zum Vizepräsidenten ernannt wurde. Hier liegt eine Reihe von Fallstricken für künftige Verhandlungen. Abdulrabu Mansour Hadi ist ein Karrieresoldat, der mehrere Jahre in Großbritannien und später in der damaligen Sowjetunion ausgebildet wurde. Nach dem Bürgerkrieg von 1994 wurde Hadi, der aus dem Süden stammt, als Geste an die Südjemeniten kurzzeitig zum Verteidigungsminister und dann zum Vizepräsidenten ernannt. Zwar hat sich Hadi immer im Hintergrund gehalten, doch profitierte seine Familie vom jemenitischen System des Klientelismus: So ist sein Bruder Sicherheitschef in der umkämpften südlichen Provinz Abyan.

Abdulrabu Mansour Hadi ist auch als Übergangspräsident auf die Duldung des Saleh-Clans angewiesen. Vor seiner Abreise stellte ihm Präsident Saleh drei Militärs als »Berater« zur Seite, darunter zwei seiner Halbbrüder und den Leiter des Präsidialbüros. Hinzu kommt, dass neben anderen Salehs Sohn Ahmed (Befehlshaber der Republikanischen Garden) sowie sein Vetter Yahya (Kommandeur der Central Security Forces) und zwei weitere Vettern ebenfalls in Sana'a geblieben sind und mit zahlreichen Checkpoints die Hauptstadt kontrollieren.

Hinter den Kulissen verhandelt die Führung in Riad nun mit den wichtigsten Akteuren in Sana'a eine tragfähige Übergangslösung. Bereits am Tag des Anschlages selbst hatte Saudi-Arabiens König Abdullah nach einer Woche heftiger Kämpfe einen brüchigen Waffenstillstand zwischen den Regierungstruppen und den Anhängern des einflussreichen Stammesführers Sadiq al Ahmar ausgehandelt. In der Folge ebneten die Kämpfe ab, selbst die Stromversorgung konnte in Sana'a wieder hergestellt werden. Neben Saudi-Arabien sind vor allem die USA und die Europäer in die Vermittlung involviert, deren Botschafter sich bereits am Samstag (4. Juni) mit Vizepräsident Hadi trafen. In Sana'a sind nur noch wenige Botschaften aktiv: Unter anderem wurden die deutsche, italienische, russische und kuwaitische Botschaft wegen der Kämpfe vorübergehend geschlossen. Andere Diplomaten hatten die Stadt schon früher verlassen.

Inzwischen haben sich vor allem die USA für einen sofortigen Machtwechsel ausgesprochen. Signale der Europäer und selbst der saudischen Regierung scheinen diese Forderung zu unterstützen. Nach einem Treffen des Kabinetts in Riad hieß es in einer Erklärung, man hoffe, dass die Initiative des Golfkooperationsrates (GCC) unterzeichnet werde, um Jemen in »Sicherheit, Stabilität und Einheit« durch die Krise zu steuern.

Im Rest des Landes stellt sich die Lage derweil unübersichtlich dar: Während es in der wichtigsten Stadt des Südens, Aden, weitgehend ruhig blieb, kämpfen Militante und Regierungstruppen seit Tagen um die Kontrolle der zweitgrößten Stadt Taiz. Inzwischen haben sich die Regierungskräfte aus Aden wie aus Taiz weitgehend zurückgezogen, stattdessen versuchen spontan gebildete Bürgerkomitees, wieder einen Ansatz von staatlicher Ordnung herzustellen. Ähnliche Entwicklungen werden aus den meisten Provinzen gemeldet. Vor allem in Taiz sitzt die Verbitterung über die Regierung tief, nachdem

Polizisten bei einem Massaker am 29. Mai mindestens 20, möglicherweise bis zu 70 Menschen getötet hatten. Die Sicherheitskräfte hatten mit ihrer Aktion auf die Stürmung einer Polizeistation durch Demonstranten reagiert. Bei der Aktion der Polizei wurde auch das Zeltlager auf dem zentralen »Hurriya«-Platz (deutsch: Freiheit) geschleift, das seit mehr als vier Monaten ununterbrochen bestanden hatte. Mehrere Menschen sollen dabei verbrannt sein. Die Tatsache, dass die Protestbewegung in Taiz erklärt hat, derjenigen in Sana'a politisch nicht unbedingt folgen zu wollen, birgt Zündstoff und könnte – wenn sich die Protestbewegung zersplittert – die Ursache künftiger Konflikte sein.

In der südlichen Provinz Abyan versuchten Regierungstruppen in heftigen Gefechten, die Provinzhauptstadt Zinjibar zurückzuerobern, die wenige Tage zuvor in die Hände von Aufständischen gefallen war. Dabei kamen am 6. Juni nach Medienberichten zahlreiche Menschen ums Leben.

Die jüngsten Entwicklungen im Jemen lassen viele Fragen nach der Zukunft offen: Die kommenden Tage und Wochen werden insbesondere zeigen, ob mit dem Abgang des Präsidenten auch das Regime am Ende ist, oder ob sich die familiäre wie klientelistische *Entourage* Ali Abdallah Salehs behaupten können. Der Versuch des Regimes, mit den Ahmar-Brüdern seine schärfsten Rivalen militärisch auszuschalten, ist jedenfalls gescheitert. Die strategische Fehlkalkulation könnte das Regime fatal geschwächt haben.

Unklar ist, welche Rolle der Ahmar-Clan in Zukunft spielen wird. Vermutlich wird keiner der zehn Brüder selbst nach der Macht greifen. Diese werden stattdessen im Hintergrund die Fäden ziehen und einen Präsidenten von ihren Gnaden küren wollen. Rätselhaft bleibt für Beobachter auch die Rolle des abtrünnigen Generals Ali Muhsin, der seit März das Zeltlager der Protestbewegung an der Universität von Sana'a »schützt«, sich aber aus allen Auseinandersetzungen heraushält. Selbst als bei einem Angriff am 5. Juni einer seiner Soldaten getötet und zahlreiche weitere verletzt wurden, reagierte Ali Muhsin nicht.

Mit der Bildung der Bürgerkomitees hat die Protestbewegung einen ersten Schritt zur Transformation in eine politische Bewegung getan. Die Proteste waren in Sana'a auch während der heftigen Gefechte unvermindert



weitergegangen. Die Demonstranten müssen deshalb an einer Übergangsregierung beteiligt werden, wenn die Proteste auf den Straßen und die Aktionen des zivilen Ungehorsams friedlich beendet werden sollen. Aus Kreisen des Golfkooperationsrates ist zu hören, man werde den Übergangsplan nun so verändern, dass die mehrheitlich von jungen Menschen getragene Protestbewegung eingebunden werde. Dabei bleibt abzuwarten, welches Interesse die konservativen Golfmonarchien an einem demokratischen Übergang im Jemen tatsächlich haben.

Die Initiative war Anfang April erstmals vorgelegt worden und Ende Mai sowohl von dem Oppositionsbündnis Joint Meeting of Parties (JMP, Zusammenschluss der islamistisch-tribalen Islah-Partei, der Yemeni Socialist Party und kleinerer Oppositionsparteien) und der Regierungspartei General People's Congress (GPC) unterzeichnet worden. Nach der Weigerung des Präsidenten am 22. Mai, den Plan zu unterschreiben, und dem darauf folgenden Aufflammen der Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Milizionären des einflussreichen Stammesführers Sadiq al Ahmar hatte die Opposition erklärt, sich nicht mehr an die Initiative gebunden zu fühlen. Bei einem Treffen der Botschafter der USA, Großbritanniens und der EU mit dem JMP haben die Diplomaten erheblichen Druck ausgeübt, den Plan zu akzeptieren. Am 5. Juni hatten sich auch die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Spaniens und Italiens in einer gemeinsamen Erklärung ähnlich geäußert.

ISBN 978-3-86872-774-6

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über den Autor

Achim Vogt leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jordanien mit Zuständigkeit für Irak und Jemen.